

# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

## Exit Afghanistan



Einstieg als Ausstieg  
Was uns Algerien lehrt  
Der Afghanistan-Komplex  
Strategie für den Frieden  
Abzug mit Köpfchen

### Streitplatz

Deutsche Interessen

### Analyse

Energiesicherheit im Klimawandel

### WeltBlick

Kirgisistan im Umbruch

Frankreichs Europapolitik

Krieg am Horn von Afrika

### Bücher & Tagungen

# Inhalt

1

**Editorial**

4

**WeltBlick**

5

 Frankreichs Europapolitik  
*Claire Demesmay und Andreas Marchetti*

11

 Kirgisistan im Umbruch  
*Cornelius Friesendorf und Aijan Ryskulova*

17

 Krieg und Frieden am Horn von Afrika  
*Stefan Brüne*


22

**Zwischenruf von Attila Kiraly**

24

**Thema: Exit Afghanistan**

27

 Der Afghanistan-Komplex  
*Diethelm Weidemann*

39

 Was uns Algerien lehrt  
*Hartmut Elsenhans*

49

 Einstieg in den Ausstieg  
*Wolfgang F. Danspeckgruber*

55

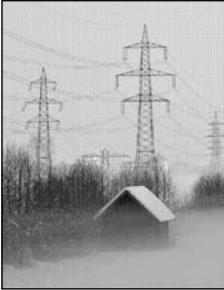
 Verhandlungen oder militärische Option?  
*Karl Fischer*

65

 Es ist keine Abzugsstrategie!  
*Interview mit Oberstleutnant Jörg Langer*

67

 Abzug mit Köpfchen  
*Interview mit Kapitänleutnant Jörg Wiebach*

**Analyse: Energiesicherheit im Klimawandel**

*Severin Fischer*

**75**

**Streitplatz: Deutsche Außenpolitik**

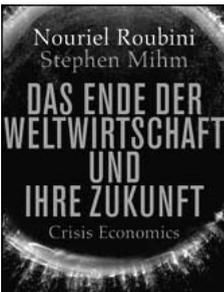
*Young Tönisteiner antworten ihren Kritikern*

**84**

**Porträt: Otto Blau – Diplomat in Sarajewo**

*Enrico Seewald*

**90**



**Bücher und Tagungen**

**92**

Die USA im Schatten der Krise

**93**

*Literaturbericht von Helmut Matthes*

Wiedergelesen: Sigmund Neumann

Permanent Revolution

**100**

Rezensionen

**102**

Annotationen

**114**

Neuerscheinungen

**116**

Konferenzen

**118**

**Register 2010**

**125**

Briefe an die Redaktion

**139**

Impressum

**141**

**Wehrpflicht adé**

*Kommentar von Heike Imhof-Rudolph*

**142**

**Wort und Strich**

**144**

# Europapolitik en français

## Frankreich zwischen Nation und Europa

Claire Demesmay und Andreas Marchetti

EU, Energiepolitik, Sicherheitspolitik

Zwei Diskurse prägen Frankreichs Europapolitik: Einer setzt auf die Funktionalisierung Europas zur Durchsetzung französischer Interessen, der andere betont die „Rückkehr Frankreichs nach Europa“. In zentralen Politikfeldern zeigt sich Frankreich in jüngster Zeit als Vorreiter für europäische Positionen, ohne die nationalen Interessen aus den Augen zu verlieren.

Seit dem negativen Ausgang des europäischen Verfassungsreferendums in der Spätzeit der Präsidentschaft Chiracs musste Frankreich gegen die Einschätzung ankämpfen, eher Bremsler denn Gestalter der europäischen Einigung zu sein. Dieser Vorwurf wog schwer in einem Land, das nicht nur Gründungsmitglied der Union ist, sondern sich als eine der führenden europäischen Nationen sieht. Entsprechend sollte die „Rückkehr Frankreichs nach Europa“, wie sie Sarkozy 2007 am Abend seiner Wahl zum Präsidenten ankündigte, es ermöglichen, sich in der Union wieder zu einer Gestaltungsmacht zu entwickeln. Die europapolitischen Anfänge unter Sarkozy waren wenig vielversprechend, wozu er durch scharfe Kritiken – z. B. an der Europäischen Zentralbank – oder durch Alleingänge – z. B. mit dem Projekt einer Mittelmeerunion – selbst erheblich beitrug. Allerdings zeigte sich die französische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 pragmatisch und aktionsfreudig, wie auch das folgende Engagement für eine deutsch-französische Agenda unterstreicht.

### Zwei Ansichten Europas

Spricht man in Paris mit Regierungsvertretern über die Vorhaben Frankreichs auf europäischer Ebene, mag man an der Kohärenz der französischen Europapolitik zweifeln. Grundsätzlich lassen sich zwei Diskurse unterscheiden. Der erste, vorwiegend im Außenministerium anzutreffen, betont die kulturelle Strahlkraft sowie den politischen Einfluss Frankreichs und fügt sich in eine jahrhundertealte Tradition, die nicht zuletzt im Begriff einer *mission civilisatrice* zum Ausdruck kommt. In diesem Kontext



Dr. Claire Demesmay, geb. 1975, Leiterin des Programms Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP, Berlin.  
[demesmay@dgap.org](mailto:demesmay@dgap.org)

wird die EU hauptsächlich als Hebel gesehen, um die internationalen Ambitionen Frankreichs zu verfolgen.

Der zweite Diskurs, verstärkt in Kreisen des Präsidenten und des Premierministers vertreten, stellt französische und europäische Interessen als deckungsgleich dar. Diese Sicht (*L'Europe, c'est nous*), soll einen Bruch mit der Europapolitik Chiracs signalisieren. Die EU soll nicht länger als Fremdkörper, sondern als Teil des französischen Selbstverständnisses wahrgenommen werden. Daraus folgt der wiederholte Appell, Politik in globalisierten Bereichen wie Einwanderung und Sicherheit europäisch zu gestalten.

Aus den vermeintlich konträren Positionen lassen sich grundlegende Rückschlüsse auf die französische Europapolitik ziehen: Erstens spiegeln sich in der binären Struktur des französischen Europadiskurses die heutigen Handlungsbedingungen für die außenpolitischen Akteure wider. Während der Staatspräsident und seine Berater die Richtlinien der Außen- und Europapolitik vorgeben, spielt das Außenministerium bei deren Formulierung eine eher untergeordnete Rolle. Die außenpolitische Vormachtstellung des Präsidenten wird durch Sarkozys Regierungsstil stark akzentuiert. Während der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft 2008 hat der französische Präsident zweifellos Gefallen an einer Führungsrolle in der EU gefunden. Nicht zuletzt darauf beruht sein Anspruch, über alle europa- und außenpolitischen Dossiers selbst zu bestimmen, was den *Quai d'Orsay*, also das Außenministerium, weiter marginalisiert.

Die Koexistenz beider Diskurse ist zweitens auf den Pragmatismus der aktuellen Entscheidungsträger zurückzuführen. Sarkozy bekennt sich zum pragmatischen Ansatz: „Es wird abgewartet, bis alle zustimmen, und da dieser Fall nicht eintritt, wartet man nur ab. Abwarten kann nicht das Ziel sein.“<sup>1</sup> Über Maßnahmen und Instrumente mag gestritten werden – letztlich zählt, ob es der EU gelingt, als *global player* zu agieren und glaubwürdig zu erscheinen.

Drittens schließen sich beide Diskursmuster nicht aus. Relativ neu ist zwar das Bestreben, mit der negativen Grundstimmung der letzten Jahre zu brechen und offensiv die Fortentwicklung der europäischen Einigung zu betreiben. Dennoch sind die Kontinuitätslinien nicht zu übersehen. Einerseits bleibt nach wie vor die Forderung, durch die EU ein höheres Schutzniveau – sei es im



Dr. Andreas Marchetti,  
geb. 1975, Zentrum für  
Europäische Integrations-  
forschung (ZEI),  
Universität Bonn.  
marchetti@uni-bonn.de

1 Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, 17. Botschafterkonferenz, Paris, 26.8.2009. [www.ambafrance-at.org/IMG/pdf/17eme\\_1.pdf](http://www.ambafrance-at.org/IMG/pdf/17eme_1.pdf) (abgerufen am 01.09.2009; Übersetzung der Autoren).

Bereich Energie oder jenem der Terrorbekämpfung – zu erlangen, ein Leitmotiv des französischen Europadiskurses. Andererseits bleibt die Vorstellung der europäischen Integration als „Machtmultiplikator“ Frankreich ein Kernargument der Integrationsbefürworter.

Europäisierung zu befürworten, ohne auf die eigene Führungsrolle zu verzichten, erfolgt nicht spannungsfrei. Die politischen Verantwortlichen plädieren zwar für die Europäisierung wichtiger Politikfelder, lehnen es aber ab, dabei die Kontrolle zu verlieren. Die „Rückkehr“ soll möglichst *souveränitätsschonend* erfolgen. Die hieraus resultierende Tendenz zu intergouvernementalen Arrangements spielt dem großen Mitgliedstaat weiter in die Hände: „Die Verantwortung der Staaten hängt unmittelbar von ihrem Gewicht ab. Je stärker man in Europa ist, desto mehr Verantwortung trägt man.“<sup>2</sup> In diesem Sinne bemüht sich Paris, eigene Konzepte auf europäischer Ebene durchzusetzen und so die EU-Politik (mit) zu bestimmen. Da es sich aber auch seiner relativen Schwäche hierbei bewusst ist, setzt Frankreich auf Zusammenarbeit und versucht, in wichtigen Bereichen mit europäischen Partnern eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Dabei bevorzugt es aus historischen und machtpragmatischen Erwägungen die deutsch-französische Zusammenarbeit, schließt aber andere Partnerschaften keineswegs aus.

Inwieweit Frankreich in der Lage ist, die reklamierte Rolle als europäischer Vorreiter einzunehmen, lässt sich anhand einiger Themen überprüfen, denen während der letzten europäischen Gipfelbegegnungen ein zentraler Stellenwert beigemessen wurde.

## Energie und Klima

In den vergangenen Jahren haben Fragen der Energiesicherheit Europas ebenso die politische Tagesordnung erobert wie die Klimaerwärmung. Diese beiden zentralen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben stehen in einem gewissen funktionalen Widerspruch zueinander: Während die EU trotz aller Effizienzsteigerungen weiterhin einen hohen Bedarf an fossilen Energieträgern und deren Importdiversifizierung hat, sind es just diese Energieträger, deren Verbrennung zur Energiegewinnung klimaerwärmendes Kohlendioxid freisetzt. Frankreich ist aufgrund einer vergleichsweise breiten Energieimportdiversifizierung weniger als andere europäische Staaten von einzelnen



### Weiterlesen:

O. Christmann / L. Warlouzet,  
French Foreign Policy by 2020  
*WeltTrends* 50

2 Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, 17. Botschafterkonferenz, Paris, 26.8.2009. [www.ambafrance-at.org/IMG/pdf/17eme\\_1.pdf](http://www.ambafrance-at.org/IMG/pdf/17eme_1.pdf) (abgerufen am 01.09.2009; Übersetzung der Autoren).

Energieexporteuren abhängig. Zudem setzt es so deutlich wie kein anderer Staat der EU auf die Nutzung der Nuklearenergie. Mit deren offensiver Propagierung in zentralen EU-Dokumenten sind zwar keine verbindlichen Vorgaben für eine „Nuklearisierung“ mitgliedstaatlicher Energiewirtschaften verbunden, doch hat sich Frankreich hiermit die – wenn auch zweifelhafte – Rolle eines Trendsetters in Sachen Energiepolitik gesichert.

### Wirtschaft und Finanzen

Der französischen Politik wird in regelmäßigen Abständen mehr als nur eine Neigung zu *Colbertismus* und Korporatismus unterstellt. Demgegenüber artikuliert auch hier die französische Exekutive inzwischen weniger althergebrachte Dogmen denn konziliante Vorstellungen. Die Idee eines europäischen *gouvernement économique* wird rhetorisch weitgehend abgerüstet und als kaum mehr als ein konsultativer und koordinierender Rahmen skizziert. So konnten sich Paris und Berlin schon im Vorfeld des EU-Gipfels im Juni 2010 auf die Schaffung einer nicht institutionalisierten Wirtschaftsregierung einigen. Im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise hat Frankreich durch sein frühes Eingreifen Handlungsdruck zu erzeugen gewusst.

Im Bereich der öffentlichen Finanzen und europäischen Währungspolitik versuchen französische Gesprächspartner, die Ängste anderer EU-Staaten vor „klassischen französischen Reflexen“ zu zerstreuen: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei zu achten, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zu wahren und man gebe sich keinem „budgetären Laxismus“ hin. Die in Zahlen gefasste Entwicklung spricht eine andere Sprache: Von einem Konsolidierungskurs und einer Achtung des Pakts kann kaum die Rede sein. In Sachen Staatsverschuldung bleibt Frankreich ein negativer Vorreiter. Die wachsende Sorge wegen hoher Schulden dürfte der traditionellen Finanzpolitik des Landes eine neue Richtung geben.

### Außen- und Sicherheitspolitik

Frankreich hat seit jeher – und insbesondere seit Initiierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – eine bedeutende Rolle bei der Stärkung der externen Dimension europäischer Politik gespielt. Dies geschah aber stets unter der Bedingung, nicht die außen- und verteidigungspolitische

Autonomie Frankreichs infrage zu stellen. Diese Grundbedingung existiert ebenso fort wie das Leitbild einer *Europe puissance*, das allerdings weniger ideologisch denn pragmatisch verfolgt wird, wie sich exemplarisch in der Krisendiplomatie des Ratspräsidenten Sarkozy im russisch-georgischen Krieg zeigte.

Frankreich betreibt mehr denn je eine aktive Politik der „Multipolarität“<sup>3</sup>, in deren Kontext die Rückkehr in die militärische Struktur der NATO zu sehen ist. Dieser Schritt signalisiert Frankreichs erweiterte Partnerschaftsfähigkeit. Auch wenn antiamerikanische Vorbehalte nicht aus der Welt sind, erscheinen sie aufgrund einer neuen Optionsvielfalt Frankreichs im Rahmen der EU und der NATO abgeschwächt. Die Ausgangsposition zur Verfolgung französischer Ambitionen im europäischen und transatlantischen Kontext und zur Mitführung im weiterhin sensiblen Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte kaum besser sein.

### Pragmatischer Rückkehrer

Frankreich legt Wert auf eine vielseitige Partnerschaftsfähigkeit, was einer rhetorischen Absage an „klassische“ französische Konzepte gleichkommt, die aber – zumindest implizit – fortbestehen. Aus diesem Ansatz folgt eine gewisse Enttäuschung über die aktuelle deutsche Europapolitik, die als reserviert und zurückhaltend eingeschätzt wird. Diese Frustration kumulierte zu Beginn der jüngsten Finanzkrise in Sarkozys Grundeinschätzung, dass Frankreich handle, während Deutschland nachdenke.

Insgesamt werden aber Divergenzen mit dem Rheinnachbarn als wenig problematisch eingeschätzt. Darüber hinaus konnten diese häufig im Sinne von deutsch-französischen „Stellvertreterkompromissen“, die den europäischen Konsens vorbereiten konnten, nutzbar gemacht werden. Das deutsche Desinteresse an Europa, wie es Berlin zumindest in Paris attestiert wird, lässt Frankreich verstärkt auch andere Partner in Europa in Erwägung ziehen und könnte letztlich den deutsch-französischen Bilateralismus schwächen. Für die deutsche Politik ergibt sich angesichts einer pragmatischeren französischen Europapolitik also die Notwendigkeit, Handlungsbereitschaft und Partnerschaftsfähigkeit aktiv zu stärken. 

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung der 2010 erschienenen *DGAPanalyse Frankreich* mit dem Haupttitel „Frankreich ist Frankreich ist Europa“.



#### Weiterlesen:

M. Morisse-Schillbach,  
Frankreichs Geheimdienst  
*WeltTrends* 70

3 Vgl. Heumann, Hans-Dieter: Multipolarität und „Europe puissance“: Auf der Suche nach der Logik der französischen Außenpolitik. In: *Internationale Politik* 4/2005, S. 118.